

Neuordnung der Berliner Absatzpräferenz: Zu einigen umstrittenen Punkten	309
Berlin (West): Konjunkturaufschwung noch nicht in Sicht	315
Die Investitionstätigkeit des verarbeitenden Gewerbes in Berlin (West) 1980 und 1981 sowie die Pläne 1982	319

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 24 / 82

Berlin

18. Juni 1982

49. Jahrgang

Stapfen

Neuordnung der Berliner Absatzpräferenz: Zu einigen umstrittenen Punkten

Im Sommer des vergangenen Jahres hat das DIW ein Konzept zur Weiterentwicklung der wertschöpfungsorientierten Umsatzsteuerpräferenz nach dem Berlinförderungsgesetz (BerlinFG) veröffentlicht.

Auf der Basis dieses Konzepts wurde von der Berliner Verwaltung ein detaillierter Änderungsvorschlag erarbeitet, der am 12. Januar 1982 vom Berliner Senat beschlossen wurde und jetzt dem Bundesminister der Finanzen zur Einleitung des Gesetzgebungsverfahrens vorliegt.

Im Grundsatz wird der Vorschlag des Senats von den Fraktionen der CDU, SPD und F.D.P. im Abgeordnetenhaus, von der Berliner Wirtschaft und von den Gewerkschaften unterstützt. Zu einzelnen Punkten der vorgesehenen Regelung gibt es allerdings unterschiedliche Auffassungen. Mit dem vorliegenden Bericht will das DIW zur Klärung der noch strittigen Fragen beitragen.

Notwendigkeit einer Präferenzreform unumstritten

Eine zentrale Stellung innerhalb des Präferenzsystems für die Berliner Wirtschaft nimmt die Förderung des Fernabsatzes ein: Um Standorterschwerernisse auszugleichen und um die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft auf auswärtigen Märkten zu stärken, werden Lieferungen Berliner Waren und ausgewählter Dienstleistungen in das Bundesgebiet umsatzsteuerlich begünstigt, und zwar sowohl beim Hersteller als auch beim Abnehmer.

Empirische Untersuchungen der Herstellerpräferenz haben ergeben, daß diese erhebliche Schwachstellen aufweist¹. Problematisch ist insbesondere,

- daß die Präferenz ausschließlich auf den Fertigungsbereich ausgerichtet ist und nicht verhindert, daß viele Industrieunternehmen in Berlin

lediglich Produktionsstätten betreiben, die zentralen Dienstleistungen dagegen mehr und mehr in westdeutschen Ballungsgebieten konzentrieren;

- daß primär rohstoff- und kapitalintensive, umsatzstarke, aber wertschöpfungsschwache Produktionen in die Stadt gezogen werden, deren Berlin-spezifische Kosten regelmäßig geringer sind als die Steuervergünstigung. Lohnintensive Fertigungen mit hohem Veredelungsgrad, aber relativ geringen Umsätzen sind demgegenüber benachteiligt; bei ihnen werden die standortbedingten Mehrkosten der Produktion durch die Präferenz häufig nicht ausgeglichen.

¹ Vgl. Peter Ring: Wertschöpfungsorientierte Umsatzsteuerpräferenz nach dem Berlinförderungsgesetz (BerlinFG) — Erfolgskontrolle und Vorschläge zur Weiterentwicklung. Beiträge zur Strukturforschung des DIW. Heft 65-1981; sowie Wochenbericht des DIW, Nr. 32/1981.

Im Zuge der auf diese Weise begünstigten strukturellen Verschiebungen — von der Investitionsgüterindustrie zum Nahrungs- und Genußmittelsektor, von den dispositiven Unternehmensfunktionen zum Fertigungsbereich — steigt das Präferenzvolumen kontinuierlich und rasch, ohne daß es zu entsprechenden Beschäftigungs- und Einkommenseffekten in der Stadt kommt. Im Gegenteil: Die Zahl der industriellen Arbeitsplätze geht — absolut wie im Vergleich mit dem Bundesgebiet und mit anderen wichtigen Industrieregionen — anhaltend stark zurück. Gleichzeitig nimmt die Qualität der Arbeitsplätze ab.

Vor dem Hintergrund dieser Fehlentwicklungen sind sich alle wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger sowie der größte Teil der Unternehmen darin einig, daß die Subventionsmittel künftig effizienter einzusetzen sind, die Herstellerpräferenz mithin neu zu gestalten ist. Bei einer solchen Reform kommt es vor allem darauf an, das Wertschöpfungsprinzip möglichst konsequent in der Präferenz zu verankern, also nur die tatsächlich in Berlin erbrachte — unternehmensinterne wie in anderen Betrieben induzierte — Leistung als Kriterium für die Höhe der Präferenz heranzuziehen.

Voraussetzung hierfür ist die Abkehr vom bislang praktizierten Prinzip einer *subtraktiven* Ermittlung der Wertschöpfung aus Umsatz und Materialeinsatz, nach dem auch westdeutsche Dienstleistungen zur Berliner Leistung gerechnet werden. Aufzugeben ist aber auch die gegenwärtige Förderungsstaffel, die wegen ihrer großen Intervalle nur wenig Anreize zur Vertiefung der Produktion und zum stärkeren Bezug von Vorleistungen aus der Stadt bietet.

Der Änderungsvorschlag des Berliner Senats

Auf der Grundlage der Vorschläge des DIW zur Weiterentwicklung der Herstellerpräferenz hat die Berliner Verwaltung — nach Diskussionen mit den politischen Parteien, den Organisationen der Wirtschaft und den Gewerkschaften — folgendes Verfahren entwickelt:

1. Maßgebend für die Höhe der Herstellerpräferenz ist der Anteil der Berliner Wertschöpfung am wirtschaftlichen Umsatz (Wertschöpfungsquote).

Die Berliner Wertschöpfung wird *additiv* ermittelt und setzt sich zusammen:

- aus der betrieblichen Leistung mit ihren Komponenten Arbeitslöhne und Aufwendungen für die Zukunftssicherung der Arbeitnehmer, Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen, Absetzungen und Abschreibungen auf Sachanlagen sowie Gewinn bzw. Verlust;
- aus Mieten, Pachten und Leasingkosten;

- aus Erhaltungs- und Instandsetzungsaufwendungen;
- aus dem anrechenbaren Wert der aus Berlin bezogenen Vorleistungen.

Dabei können in Berlin hergestellte Gegenstände mit 40 vH der Anschaffungskosten — wenn die Wertschöpfungsquote des Berliner Vorlieferers höher als 40 vH ist, mit der entsprechenden Quote — angerechnet werden. Werk- und Dienstleistungen gehen mit 100 vH der Anschaffungskosten in die Wertschöpfung des Abnehmers ein;

- aus einer Vertriebskostenpauschale in Höhe von 5 vH der nach §§ 1,1a BerlinFG begünstigten Lieferungen;
- aus einem Zuschlag für hochwertige Arbeitsplätze: Er beträgt bei Arbeitslöhnen von mehr als 50 000 DM jährlich das Dreifache des 40 000 DM übersteigenden Betrages. Bei Einzelunternehmen und Personengesellschaften ist ein Betrag von 120 000 DM für qualifizierte Mitarbeit des Unternehmers oder der im Unternehmen tätigen Gesellschafter (höchstens drei) vorgesehen.

Der wirtschaftliche Umsatz — die Bezugsgröße für die Wertschöpfung — enthält wie bisher die Umsätze aus der Herstellung von Gegenständen und aus Werkleistungen, überdies aber auch Umsätze aus Dienstleistungen und Handelsgeschäften sowie Hilfsumsätze.

2. Voraussetzung für die Präferenzierung ist eine Wertschöpfungsquote von mindestens 10 vH.

Für Umsätze nach § 1 BerlinFG beträgt der Präferenzsatz

- im Wertschöpfungsintervall von 10 vH bis 20 vH einheitlich 3 vH (Sockelpräferenz);
- bei einer Wertschöpfungsquote von
 - 20 vH bis 21 vH 3,1 vH
 - 21 vH bis 24 vH 3,2 vH
 - 24 vH bis 27 vH 3,3 vH
 - 27 vH bis 30 vH 3,4 vH
 - 30 vH bis 33 vH 3,5 vH
 - 33 vH bis 36 vH 3,6 vH
- bei einer Wertschöpfungsquote von mehr als 36 vH ein Zehntel der jeweiligen Quote.

Unternehmensinterne Lieferungen nach § 1a BerlinFG, für die es keine Abnehmerpräferenz gibt, werden mit einem Satz präferenziert, der um 1 vH-Punkt höher ist als bei Lieferungen nach § 1 BerlinFG.

Die Höchstpräferenz beträgt 10 vH des Entgelts bzw. Verrechnungsentgelts.

3. Das neue System der Absatzförderung soll erstmals 1985 wirksam werden. Um den Unternehmen mit Präferenzeinbußen eine Anpassung an die geänderten Förderungsbedingungen zu erleichtern, ist eine gleitende Übergangsregelung vorgesehen.

Strittige Punkte . . .

Über einige Punkte der vom Senat vorgesehenen Regelung konnte bisher keine vollständige Einigung erzielt werden. Kontrovers ist vor allem

- die Einbeziehung des Gewinns in die Bemessungsgrundlage,
- die Gewährung einer Vertriebskostenpauschale,
- die pauschalierte Anrechnung von Warenbezügen aus Berlin sowie
- die Gestaltung der Sockelpräferenz.

Auch die grundsätzliche Frage, ob das Förderungskonzept des Senats kapitalintensive Produktionen begünstigt und damit tendenziell zu einem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen beiträgt oder nicht, wird gelegentlich debattiert.

. . . und Kriterien zu ihrer Beurteilung

Der Gewinn — unverzichtbarer Bestandteil der Wertschöpfung

Teilweise wird die Auffassung vertreten, der Gewinn dürfe bei der Wertschöpfungsrechnung nicht berücksichtigt werden, da er bereits im Rahmen anderer Förderungsmaßnahmen begünstigt sei.

Diese Argumentation kann schon deshalb nicht überzeugen, weil im Rahmen der Absatzförderung nicht der Gewinn, sondern der Umsatz präferenziert wird. Davon abgesehen ist der Gewinn in wirtschaftspolitischer Hinsicht ein wichtiger, aus systemimmanenten Gründen sogar ein unverzichtbarer Bestandteil der Wertschöpfungsrechnung:

1. Nach dem neuen Konzept soll die Höhe der Herstellerpräferenz von der in Berlin erbrachten Leistung abhängig sein. Der Gewinn ist ein Teil dieser Leistung. Darüber hinaus ist er Indikator für die Leistungskraft eines Unternehmens, für seine Marktstellung und die Zukunftsträchtigkeit seiner Produktion.
2. Eine Präferenzierung auf der Basis einer um den Gewinn verminderten Wertschöpfung hätte ganz erhebliche Verzerrungen und Ungereimtheiten zur Folge:
 - Unternehmen mit relativ hoher Eigenfinanzierung würden benachteiligt. Im Interesse einer Gleichbehandlung unterschiedlich finanzierender Unternehmen müßten also außer den Ge-

winnen auch die Zinsen aus der Bemessungsgrundlage herausgenommen werden.

- Geht man davon aus, daß das Präferenzvolumen sich durch die Reform nicht ändern, sondern nur anders verteilt werden soll, würden von einer Regelung, die den Gewinn nicht enthält, solche Unternehmen bzw. Branchen profitieren, die relativ kleine Gewinnmargen haben. Dies sind in der Regel diejenigen, die nach einhelliger Meinung durch eine Neuordnung der Präferenz Einbußen hinzunehmen hätten: rohstoff- und kapitalintensive Produktionen von Massenerzeugnissen mit betrieblichen Wertschöpfungsquoten von weniger als 30 vH.
- Nach übereinstimmender Ansicht von Experten der Finanzverwaltung, von Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern ist eine zuverlässige Erfassung der an der Nutzungsdauer orientierten Normalabschreibungen mit vertretbarem Aufwand in den meisten Unternehmen nicht möglich. Für die Wertschöpfungsrechnung müssen daher die bilanziellen Abschreibungen herangezogen werden, die neben den verbrauchsbedingten Abschreibungen auch steuerliche Sonderabschreibungen enthalten können.

Werden von einem Unternehmen Sonderabschreibungen vorgenommen, so führt dies zwar zu einer ungerechtfertigten Erhöhung der Wertschöpfung. Gleichzeitig verringert sich jedoch der Gewinn entsprechend, so daß — mit gewissen Einschränkungen — letztlich doch die tatsächliche Wertschöpfung erfaßt wird. Fehlt nun aber der Gewinn als korrespondierender Faktor zu den Abschreibungen, so ergeben sich bei unregelmäßigem Investitionszyklus im Zeitablauf erhebliche Schwankungen in der Wertschöpfungsquote und damit in der Präferenz.

3. Grundlage der Wertschöpfungsrechnung sind die Werte aus der steuerlichen Gewinn- und Verlustrechnung sowie aus der Steuerbilanz. Diese Daten liegen endgültig erst nach der Betriebsprüfung vor, teilweise mehr als fünf Jahre nach dem jeweiligen Referenzjahr.

Nachträgliche Berichtigungen der Ansätze für einzelne Kostenfaktoren haben in der Regel eine entgegengesetzte Korrektur des Gewinns zur Folge, so daß sich die gesamte Wertschöpfung und die Präferenz nicht ändern. Auch im Interesse einer entsprechenden Stabilität ist ein möglichst geschlossenes Wertschöpfungskonzept unter Einschluß des Gewinns mit seiner Pufferfunktion erforderlich.

Das DIW wendet sich daher auch entschieden gegen die Forderung, das Präferenzsystem müsse im Interesse von einfacher Handhabung und Mißbrauchsminimierung auf wenige Wertschöpfungselemente beschränkt bleiben. Die Praktikabilität der vorgesehenen Regelung ist grundsätzlich gewährleistet; die Gefahr von Mißbräuchen dürfte eher dann gegeben sein, wenn einzelne Bestandteile aus dem System herausgenommen würden.

Dies gilt beispielsweise auch für den Kompromißvorschlag, den ausgeschütteten Gewinn aus der Bemessungsgrundlage zu eliminieren und lediglich den im Betrieb verbleibenden — möglicherweise nur den innerhalb einer festgelegten Zeit in der Stadt reinvestierten — Gewinn als Teil der Berliner Wertschöpfung anzuerkennen. Dieser Gedanke ist im Grunde sicherlich diskussionswürdig. Abgesehen davon, daß in diesem Fall die Pufferfunktion des Gewinns nicht mehr gewahrt wäre, ergäben sich jedoch — vor allem bei multiregionalen Unternehmen — erhebliche Probleme für das Rechnungswesen. Wird z. B. der Berliner Gewinnanteil einer Kapitalgesellschaft über mehrere Jahre hinweg einbehalten, der thesaurierte Gewinn aber später ausgeschüttet, so ist eine rückwirkende Normalisierung der Wertschöpfungsquote erforderlich. Das Verfahren wird kompliziert und aufwendig, die Präferenz nicht mehr kalkulierbar. Außerdem würden Kapitalgesellschaften gegenüber Einzelunternehmen und Personengesellschaften benachteiligt.

Mit Blick auf die wirtschaftspolitischen Ziele, auf Präferenzgerechtigkeit sowie auf technische Durchführbarkeit steht und fällt eine an der Wertschöpfung orientierte Präferenz mit der Einbeziehung des Gewinns in die Bemessungsgrundlage. Dies bedeutet zugleich, daß aus der Produktion resultierende Verluste in jedem Fall von der Wertschöpfung abzuziehen sind.

Vertriebskostenpauschale abhängig von Transportkostenregelung

Die Einbeziehung einer Vertriebskostenpauschale in die Wertschöpfungsrechnung wird kritisiert mit dem Argument, sie sei ein systemfremdes Element und mit dem Prinzip einer an der Berliner Leistung orientierten Präferenzierung nicht in Einklang zu bringen.

Dieser Vorbehalt besteht in formaler Hinsicht gewiß zu Recht. Anders zu bewerten ist er indes unter wirtschaftspolitischem Aspekt: Durch die Reform der Umsatzsteuerpräferenz sollen multiregional tätige Unternehmen angeregt werden, neben der Fertigung auch dispositive Leistungen — die in vielen Zweigen beachtliche und zudem steigende

Bedeutung haben — in Berlin zu erbringen. Dabei wird davon ausgegangen, daß ein Unternehmen bestimmte zentrale Bereiche wie Verwaltung, Forschung und Entwicklung, Aus- und Weiterbildung grundsätzlich in Berlin ebenso gut unterhalten kann wie in einer westdeutschen Großstadt. Diese „Standortneutralität“ gilt für den größten Teil der Vertriebsfunktionen nicht; Vorbereitung und Abwicklung des Verkaufs müssen überwiegend im Absatzgebiet durchgeführt werden. Auch bei ausschließlich in Berlin domizilierenden Unternehmen entsteht daher ein Teil ihrer Wertschöpfung zwangsläufig außerhalb der Stadt. Für die Kosten solcher Leistungen, auf deren Verlagerung die Präferenz nicht zielen kann, die jedoch unabdingbare Voraussetzung für die Produktion in Berlin sind, soll die Vertriebskostenpauschale einen gewissen Ausgleich bieten.

Ein allen Unternehmen gewährter Vertriebskostenzuschlag in Höhe von 5 vH des Lieferwertes ist allerdings nur dann zu rechtfertigen, wenn damit auch die aus Berlin bezogenen Transportleistungen abgegolten sind. Bei rohstoffintensiven Produktionen des unteren Wertschöpfungsbereichs sind nämlich die im Absatzgebiet entstehenden Vertriebskosten gering und die Transportkosten hoch. Deren gesonderte Anrechnung bedeutete mithin eine erneute Verzerrung der Präferenzrelation zu Gunsten flacher Fertigungen.

Da nun nach dem Novellierungsvorschlag des Senats — entgegen den ursprünglichen Absichten — alle aus Berlin bezogenen Vorleistungen, also auch Transportleistungen, bei der Wertschöpfungsrechnung berücksichtigt werden können, sollte die Vertriebskostenpauschale in jedem Falle geringer sein als 5 vH.

Berliner Vorleistungen: Kompromiß zwischen betriebsindividueller Anrechnung und Pauschalierung nötig

Um eine möglichst weitreichende Wirkung der Absatzförderung innerhalb Berlins zu erreichen, aber auch, um die technologisch begründete Arbeitsteilung zwischen den Unternehmen nicht zu behindern, sind Berliner Vorleistungen auf jeden Fall in die Bemessungsgrundlage der Umsatzsteuerpräferenz einzubeziehen.

Konsequent — und nach Ansicht fast aller vom DIW befragten Firmen auch technisch möglich — wäre dabei eine betriebspezifische Regelung, bei der die aus Berlin bezogenen Gegenstände generell mit der Wertschöpfungsquote des jeweiligen Vorleisters auf die Wertschöpfung des Berliner Abnehmers angerechnet würden.

Gegen ein solches Verfahren sprechen indes vor allem zwei Argumente:

Einmal bestehen bei einem Teil der Unternehmen selbst gewisse Vorbehalte. Sie befürchten bei einer Offenlegung ihrer Wertschöpfungsquote Nachteile in den Absatzverhandlungen mit ihren Berliner Kunden. Zum anderen tangieren nachträgliche Korrekturen der Wertschöpfungsquote der Vorleister durch die steuerliche Betriebsprüfung die Präferenzrechnung der Abnehmer — mit der Konsequenz auch dort erforderlicher Revisionen. Besonders problematisch ist dabei, daß — bei oft weit zurückreichenden Prüfungszeiträumen — die Unsicherheit über die Höhe des Präferenzsatzes mit zunehmender Vorleistungsverflechtung wächst.

In Anbetracht dieser Schwierigkeiten verzichtet der Senat bei seinem Vorschlag auf eine betriebsindividuelle Regelung und sieht grundsätzlich eine pauschale Anrechnung der aus Berlin bezogenen Gegenstände mit 40 vH ihres Entgelts vor. Um zu verhindern, daß Wertschöpfung und Präferenzvolumen durch Ausgliederung von Teilproduktionen oder durch Gründung gesonderter Vertriebsgesellschaften wiederum aufgebläht werden, die angestrebte Bindung an die Berliner Leistung also unterlaufen wird, soll die pauschale Anrechnung bei wirtschaftlich verwandten Unternehmen nicht möglich sein. Um eine höhere Leistung entsprechend zu honorieren, kann bei Vorleistungsbetrieben mit Wertschöpfungsquoten von mehr als 40 vH die jeweilige Quote zugrundegelegt werden.

Die vorgesehene Kombination von Pauschalierung und betriebsspezifischer Rechnung vereinigt die Nachteile beider Prinzipien in sich: Einerseits bestehen zumindest für Vorleister mit Wertschöpfungsquoten von deutlich weniger als 40 vH keinerlei Anreize zur Vertiefung ihrer Fertigung. Andererseits dürfte eine größere Zahl von Unternehmen mit den Problemen einer nachträglichen Änderung ihrer Wertschöpfungsquote konfrontiert sein.

Ebenfalls nicht sachgerecht ist der in letzter Zeit diskutierte Vorschlag einer branchenspezifischen Pauschalierung: Maßgebend für die Anrechnung einer bestimmten Vorleistung wäre danach die durchschnittliche Wertschöpfungsquote der entsprechenden Industriegruppe im gesamten Bundesgebiet, wie sie in der jährlichen Kostenstrukturstatistik des Statistischen Bundesamtes ausgewiesen ist. Diese Kennziffer würde zunächst das Niveau der Berliner Wertschöpfung erheblich überzeichnen, da die Fertigungstiefe in der Stadt regelmäßig niedriger ist als in Westdeutschland. Vor allem aber würde eine solche Regelung in heterogen zusammengesetzten Industriezweigen mit starker Streuung der betrieblichen Wertschöpfungsquoten zu ungerechtfertigten Begünstigungen bzw. Benachteiligungen

führen; Anreize zur Vertiefung der Fertigung auf der Vorleistungsstufe fehlten völlig.

Eine pragmatische Lösung, die einerseits die Probleme einer betriebsspezifischen Anrechnung entschärft, andererseits aber noch strukturpolitisch effizient ist, könnte in einer durchgängigen Stufenregelung bestehen: Die einzelnen Zulieferbetriebe wären bestimmten Wertschöpfungsklassen zuzuordnen. Dabei wäre unter dem Aspekt einer unproblematischen Handhabung an ein System von 10 vH-Punkt-Schritten zu denken; im Hinblick auf das wirtschaftspolitische Ziel der Präferenzreform, Anreize zur Vertiefung der Produktion auch bei den Vorleistern zu bieten, wäre dagegen einem System von 5 vH-Punkt-Schritten der Vorzug zu geben.

Sollte auch eine solche Regelung, bei der die Gefahr nachträglicher Änderungen der Präferenzbasis zwar deutlich verringert, aber nicht ausgeschlossen ist, als nicht tolerierbar angesehen werden, bleibt nur die Orientierung an einer durch die Betriebsprüfung in der Regel unveränderlichen Größe. Hier bietet sich der Personalaufwand an, der innerhalb der Wertschöpfung durchweg eine dominierende Stellung einnimmt. Die übrigen Wertschöpfungskomponenten wären pauschal durch einen prozentualen Zuschlag zu berücksichtigen.

Zwar ist auch dieses Verfahren nicht frei von Verzerrungen; sie dürften indes geringer sein als bei jeder anderen Pauschalierung.

Um Wirtschaft und Verwaltung zu entlasten, sollte allerdings erwogen werden, bei Unternehmen mit einem Jahresumsatz von nicht mehr als 450 000 DM (Kleinbetriebe im Sinne der Betriebsprüfungsordnung) eine pauschalierte Wertschöpfungsquote von 40 vH anzusetzen. Durch eine solche Regelung wäre der überwiegende Teil der 1 000 industriellen und der noch größeren Zahl handwerklicher Kleinbetriebe, die meist nur in Berlin liefern und mit einer Wertschöpfungsrechnung überfordert sein könnten, von der Nachweispflicht entbunden, ohne daß die Gefahr einer ungerechtfertigten wesentlichen Erhöhung der Wertschöpfungsquote bei den Abnehmern bestünde.

Mittlere Linie bei der Sockelförderung erforderlich

Auch das DIW ist der Auffassung, daß bei der Gestaltung der Sockelförderung strukturpolitische Ziele und Erfordernisse der gewachsenen Industriestruktur miteinander in Einklang zu bringen sind.

Eine wertschöpfungs-proportionale Präferenzierung mit einem Eingangssatz von 1 vH bei einer Wertschöpfungsquote von 10 vH erfüllt diese Bedingung sicherlich nicht. Sie würde zwar die bestehen-

den Verzerrungen in der Präferenzstruktur beseitigen. Eine größere Zahl von Unternehmen aus dem unteren Wertschöpfungsbereich hätte aber — selbst bei Ausschöpfung aller vorhandenen Anpassungsmöglichkeiten — so erhebliche Präferenzeinbußen hinzunehmen, daß die Standortnachteile nicht mehr ausgeglichen würden und die Gefahr erheblicher Arbeitsplatzverluste durch Abwanderung von Betrieben bestünde.

Auf der anderen Seite enthält der Senatsvorschlag mit seinem breiten Sockelintervall kaum Anreize für ein verstärktes Engagement in Berlin. Nach den Erkenntnissen des DIW hat der größere Teil der Unternehmen mit niedriger Wertschöpfungsquote durchaus Möglichkeiten, diese Quote zu erhöhen — vor allem durch verstärkten Bezug von Vorleistungen aus der Stadt, aber auch durch Errichtung zusätzlicher Arbeitsplätze im eigenen Betrieb. Eine ganze Reihe derartiger Firmen sondiert bereits jetzt wegen entsprechender Vorleistungskapazitäten. Es ist zu erwarten, daß solche Aktivitäten und damit arbeitsplatzschaffende Reaktionen der vorgelagerten Unternehmen unterbleiben, wenn die Sockelregelung in der vorgesehenen Form eingeführt wird.

Davon abgesehen muß bezweifelt werden, daß bei einer Basispräferenz von 3 vH die unerwünschte Expansion extrem flacher Fertigungen in der Stadt eingedämmt, die überdurchschnittliche Zunahme des Subventionsvolumens begrenzt werden kann: Zu bedenken ist, daß ein so bemessener Fördersatz bei den betroffenen, meist rohstoffintensiven Unternehmen mit Wertschöpfungsquoten von rund 10 vH ein Präferenzvolumen ergibt, das mindestens 25 vH der in Berlin entstandenen Produktionskosten „finanziert“.

Nach Untersuchungen des DIW gleicht eine Präferenz in Höhe von 2,5 vH die standortbedingten Mehrkosten bei typischen Produktionen des unteren Wertschöpfungsbereichs aus. Die Sockelförderung

sollte daher diesen Satz keinesfalls übersteigen. Allerdings sollte das Sockelintervall höchstens bis zu einer Wertschöpfungsquote von 15 vH reichen und oberhalb dieser Marke in einen gestaffelten Tarif übergehen.

Das neue Konzept ist grundsätzlich faktorneutral

Im Produktionsbereich besteht die Gefahr eines förderungsinduzierten Verlusts von Arbeitsplätzen dann, wenn sich die Präferenzposition einzelner Unternehmen bei der Substitution von Arbeit durch Kapital verbessert. Eine derartige Wirkung geht von der geplanten Präferenz nicht aus, da Abschreibungen und Personalkosten jeweils in voller Höhe in die Bemessungsgrundlage eingehen, beide Produktionsfaktoren also prinzipiell gleich behandelt werden.

Außerhalb des Fertigungsbereichs, im dispositiven Sektor der Unternehmen, besteht durch die Mehrfachgewichtung hoher Einkommen sogar ein massiver Anreiz zur Beschäftigung zusätzlicher Arbeitskräfte; hier begünstigt die Präferenz eindeutig lohnintensive Arbeitsplätze. In die gleiche Richtung wirkt die an den Lohnsummen der einzelnen Betriebe orientierte Zerlegung des Gewinns bei multiregional tätigen Unternehmen. Durch die Anrechenbarkeit von Dienstleistungen und Waren aus Berlin sind schließlich beschäftigungsfördernde Anreize im Bereich der vorgelagerten Betriebe in das System eingebaut.

Grundsätzlich gilt demnach, daß das Wertschöpfungskonzept bei konsequenter Anwendung weder die Kapitalisierung der Produktion in den einzelnen Unternehmen fördert noch kapitalintensive Tätigkeiten einseitig begünstigt. Eine Ausnahme bildet lediglich der Bereich der Sockelförderung. Dort bedeutet die überdurchschnittliche Präferenzierung oft eine Begünstigung kapitalintensiver Unternehmen. Auch unter diesem Aspekt sollte daher die Basisförderung möglichst niedrig gehalten werden.

Konjunkturaufschwung noch nicht in Sicht

Zur Wirtschaftsentwicklung in Berlin (West) im Frühjahr 1982

Die Wirtschaftstätigkeit in Berlin (West) zeigt bislang noch keine Belebung. Einer ersten Schätzung zufolge hat das reale Sozialprodukt im ersten Quartal dieses Jahres saisonbereinigt stagniert; das Niveau des ersten Quartals 1981 wurde nur geringfügig — um 0,5 vH — übertroffen.

Die Zahl der Erwerbstätigen ist weiter zurückgegangen. Mit 814 000 war sie um 2 vH geringer als zu Beginn des Vorjahres. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich binnen Jahresfrist deutlich verschlechtert. Im April und Mai ist die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt zwar nur wenig gestiegen. Gleichzeitig hat sich aber das Stellenangebot drastisch vermindert.

Anzeichen einer breiten konjunkturellen Belebung der Berliner Wirtschaft sind derzeit nicht erkennbar; lediglich für die Bauwirtschaft zeichnet sich — nach dem starken Einbruch im vergangenen Jahr — eine Besserung der Auftragslage ab. Insgesamt wird die Zahl der Arbeitslosen weiter zunehmen. Im Jahresdurchschnitt dürfte sie rund 70 000 betragen.

Anhaltend schwache Nachfrage im verarbeitenden Gewerbe

Entsprechend der immer noch schwachen Konjunktur in der gesamten Volkswirtschaft sind die Warenlieferungen von Berlin nach Westdeutschland — die größte Nachfragekomponente für die Wirtschaft der Stadt — real bis zuletzt zurückgegangen. Mit einer baldigen Besserung ist angesichts der Entwicklung der Auftragseingänge beim verarbeitenden Gewerbe nicht zu rechnen: Während die Bestellungen aus dem Ausland im ersten Quartal 1982 — insbesondere in der elektrotechnischen Industrie — weiter kräftig zugenommen haben, hielt die rückläufige Tendenz bei der inländischen Nachfrage an. Insgesamt war das Auftragsvolumen deutlich geringer als Ende 1981.

Die Produktion des verarbeitenden Gewerbes hat sich in den ersten vier Monaten 1982 auf dem Niveau vom Herbst vergangenen Jahres stabilisiert. Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe und im Verbrauchsgütergewerbe ging die Leistung zwar weiter zurück, die Produktion des Investitionsgütergewerbes ist nach dem Einbruch Ende 1981 aber wieder etwas gewachsen. Die Herstellung von Nahrungs- und Genußmitteln, die in Berlin seit langem sehr stark expandiert, hat auch in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres kräftig zugenommen. Das Volumen des entsprechenden Vorjahreszeitraums wurde um 13 vH übertroffen.

Diese beachtliche Produktionsausweitung hat allerdings bei der relativ hohen Kapitalintensität jener Branchen kaum Beschäftigungswirkungen gehabt: Insgesamt war die Zahl der Beschäftigten im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe im ersten

Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe von Berlin (West) in 1 000 Personen

	Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	davon:			
		Grundstoffe u. Prod.- güter	Investitions- güter	Verbrauchs- güter	Nahrungs- u. Genuß- mittel
1981					
1. v. j.	179,1	18,1	111,9	26,3	22,8
2. v. j.	177,6	17,9	110,8	25,9	23,0
3. v. j.	176,0	17,6	110,1	25,2	23,1
4. v. j.	173,5	17,4	108,6	24,7	22,8
1982					
1. v. j.	170,1	17,4	106,5	23,7	22,5

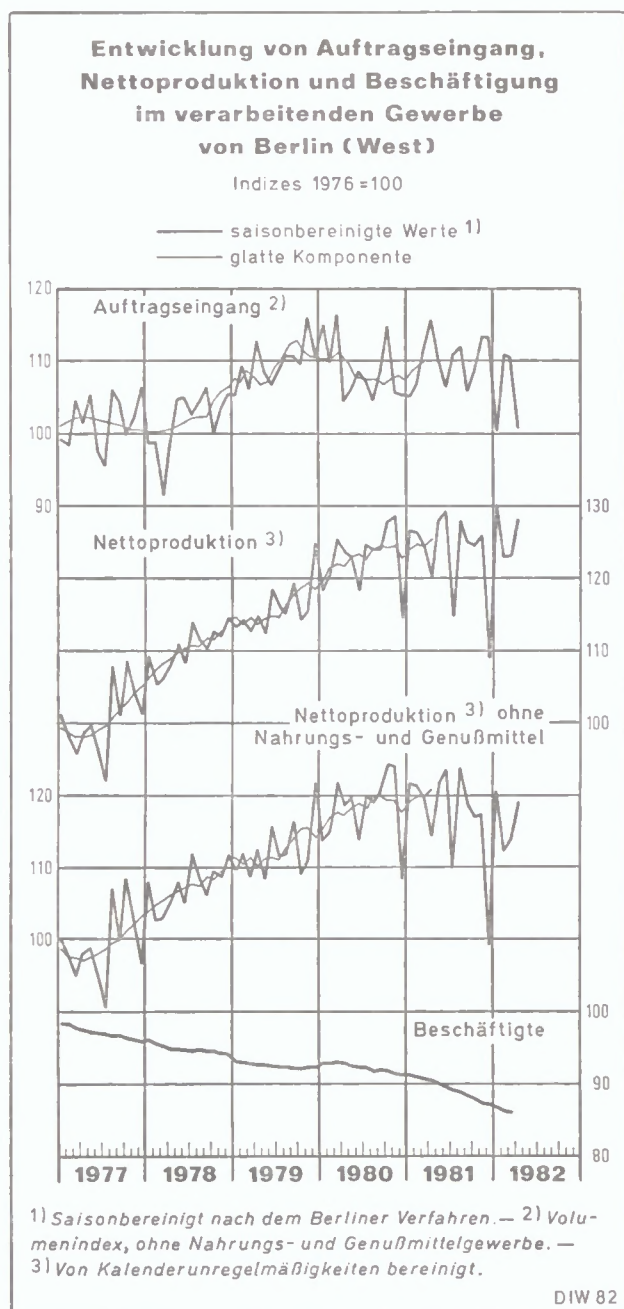
Quelle: Statistisches Landesamt Berlin.

Quartal 1982 sogar um 1,2 vH niedriger als zu Beginn des Vorjahres. Im gesamten verarbeitenden Gewerbe ist die Beschäftigung im gleichen Zeitraum um 5 vH zurückgegangen. Sie hat sich damit in Berlin wiederum deutlich ungünstiger entwickelt als im Bundesgebiet (— 3,4 vH). Vor allem in der elektrotechnischen Industrie, im Textil- und im Bekleidungsgewerbe war der Personalabbau in Berlin vergleichsweise stark.

Mit einer deutlichen Belebung der Produktion des verarbeitenden Gewerbes kann bei der ungünstigen Auftragslage auch im weiteren Verlauf des Jahres nicht gerechnet werden. Im Jahresdurchschnitt dürfte das Niveau von 1981 nur wenig übertroffen werden. Die Zahl der Beschäftigten wird mit 168 000 um etwa 5 vH niedriger sein als 1981.

Nur langsame Belebung im Baugewerbe

Der Rückgang der Produktion des Bauhauptgewerbes hat sich im ersten Quartal 1982 — bei relativ



guter Witterung — nicht weiter fortgesetzt. Die Leistung vom Vorjahresquartal wurde aber deutlich — um 5,5 vH — unterschritten. Besonders stark ist die Bautätigkeit im öffentlichen Tiefbau und im Wohnungsbau eingeschränkt worden. Die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe war mit 31 000 um mehr als 8 vH geringer als im ersten Quartal 1981.

Die Baunachfrage, die 1981 stark zurückgegangen war, hat sich im ersten Quartal belebt. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe waren real um

ein Fünftel größer als im Vorjahr. Die Bestrebungen der öffentlichen Hand, den Auftragsmangel der Bauwirtschaft möglichst rasch zu mildern, führten zu einer kräftigen Zunahme öffentlicher Aufträge, vor allem im Tiefbau.

Im Hochbau sind zwar die Aufträge gewerblicher Bauherren stark zurückgegangen. Durch Vergabe öffentlicher Aufträge und eine erhöhte Wohnungsbau nachfrage wurde dieser Rückgang aber überkompensiert. Trotz gewachsenen Nachfragevolumens im Hoch- und Tiefbau stieg die Produktion zum Beginn der Bausaison nur wenig. Darauf deutet auch die sehr ungünstige Situation auf dem Arbeitsmarkt hin: Ende Mai waren im Bauhauptgewerbe immer noch rund 4 600 Beschäftigte als arbeitslos gemeldet (Januar 1982: 6 360).

Das Ausmaß der Nachfragebelebung im Wohnungsbau blieb deutlich hinter den Erwartungen des Senats zurück. Dies kommt auch in der Bewilligung öffentlicher Förderungsmittel zum Ausdruck. Bis An-

**Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der
Erwerbstätigkeit in Berlin (West)
und in der Bundesrepublik Deutschland¹⁾**
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Zeitraum	Bruttoinlands- produkt 2)		Erwerbstätige	
	Berlin (West)	Bundes- republik	Berlin (West)	Bundes- republik
1970	3,2	6,0	0,9	1,3
1971	2,2	3,2	-1,2	0,3
1972	1,1	3,7	-2,0	-0,2
1973	3,3	4,9	-1,0	0,3
1974	1,6	0,5	-2,0	-1,9
1975	-1,6	-1,8	-3,6	-3,4
1976	3,7	5,2	-1,6	-0,9
1977	1,4	3,0	-0,8	-0,2
1978	2,9	3,2	-0,7	0,8
1979	4,0	4,5	0,8	1,3
1980	2,2	1,9	0,2	1,0
1981	0,6	-0,0	-1,1	-0,6
1. Vj.	-0,7	-1,6	-0,3	-0,1
2. Vj.	0,5	-0,2	-0,9	-0,5
3. Vj.	1,2	0,8	-1,3	-0,8
4. Vj.	1,2	0,7	-1,8	-1,0
1982 ³⁾	0,5	0,5	-1,5	-1,5
1. Vj. ⁴⁾	0,5	0,5	-2,1	-1,4

1) Einschließlich Berlin (West). — 2) Zu Preisen von 1970.
3) Gerundete Schätzung. — 4) Für Berlin (West) Schätzung,
für die Bundesrepublik vorläufiges Ergebnis.

Quellen: Statistisches Bundesamt Wiesbaden; Statistisches
Landesamt Berlin; DIW.

Auftragseingang, Nettoproduktion und Beschäftigte des verarbeitenden Gewerbes in Berlin (West) und in der Bundesrepublik Deutschland¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Zeitraum	Verarbeitendes Gewerbe insgesamt 2)		Chemie		Maschinenbau		Elektrotechnik		Textil		Bekleidung		Ernährung		Tabakverarbeitung	
	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik
Auftragseingang ³⁾																
1981 1.Vj.	-5,1	-6,1	7,9	-3,0	-9,3	-5,1	-16,0	-3,7	-23,2	-11,0	-16,1	-3,7				
2.Vj.	4,2	-0,6	9,4	1,5	-15,6	1,7	-0,1	-3,0	0,1	-2,6	-10,9	0,1				
3.Vj.	2,2	2,9	10,2	5,7	-5,0	4,8	-0,5	1,1	8,1	0,1	3,1	-2,3				
4.Vj.	3,6	2,8	0,5	1,2	24,2	7,8	-0,2	2,3	0,4	-0,2	-5,4	-3,2				
1982 1.Vj.	-1,0	-2,2	-7,3	-3,7	-15,1	-6,7	13,4	0,0	5,2	-2,8	12,4	-2,8				
April	-12,4	-10,1	5,2	-1,2	-20,2	-26,2	-15,2	-10,8	-16,5	-6,4	-19,6	-8,0				
Nettoproduktion ⁴⁾																
1981 1.Vj.	3,7	-2,9	8,3	-0,9	-10,7	-1,4	8,0	-2,5	-17,9	-11,0	0,6	-6,0	5,0	5,1	1,2	1,6
2.Vj.	3,2	-2,2	6,7	0,2	14,1	1,4	0,5	-1,2	-16,4	-8,6	-5,0	-5,1	9,6	1,9	3,3	1,1
3.Vj.	-0,6	-0,3	0,7	5,1	13,0	-1,4	-11,5	-1,2	-16,0	-7,6	-7,7	-6,9	-1,2	2,1	6,4	3,5
4.Vj.	-3,5	-0,5	0,1	1,9	29,7	0,9	-3,0	-2,3	-11,7	-6,2	-8,7	-9,6	9,9	0,3	2,4	0,5
1982 1.Vj.	-0,1	0,9	-11,8	-4,6	-1,0	-0,5	-2,9	5,8	-12,6	-0,4	-12,0	-7,3	12,6	0,7	7,3	-0,1
April	6,1	2,3	6,4	-2,6	14,2	-0,8	-2,1	6,9	-14,9	4,1	-13,0	-3,5	12,6	-0,4	14,7	6,2
Beschäftigte ⁵⁾																
1981 1.Vj.	-2,1	-1,6	-0,4	-0,2	-1,4	0,2	-2,6	-2,1	-7,8	-4,9	-11,4	-5,6	2,4	-0,3	2,1	0,9
2.Vj.	-2,6	-2,3	-1,1	-0,5	-1,4	-0,2	-3,5	-2,5	-10,8	-6,1	-12,5	-6,7	3,5	-0,5	1,5	0,7
3.Vj.	-3,5	-2,7	-1,2	-0,6	-0,8	-1,0	-4,8	-3,3	-12,7	-7,3	-14,7	-8,3	2,8	-0,5	0,5	-0,5
4.Vj.	-4,4	-3,2	-0,6	-0,5	-1,3	-1,6	-6,1	-3,6	-11,2	-8,0	-16,6	-9,6	0,8	-1,4	0,3	-1,0
1982 1.Vj.	-5,0	-3,4	-0,5	-2,1	-1,8	-1,8	-6,4	-4,0	-14,1	-8,3	-17,5	-9,4	-2,0	-2,5	0,3	-3,6

1) Einschließlich Berlin (West). - 2) Auftragseingang ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. - 3) Preisbereinigt. - 4) Arbeitstätig. - 5) Nach fachlichen Betriebsteilen.

Quellen: Statistisches Bundesamt Wiesbaden; Statistisches Landesamt Berlin; DIW.

fang Juni waren erst für ein Viertel der im staatlichen Wohnungsbauprogramm 1982 vorgesehenen 8 800 Wohnungen Mittel bewilligt worden. Rückläufige Realeinkommen und die immer noch hohen Zinsen haben offensichtlich die Bauneigung weiter stark gebremst. Dies wirkte sich vor allem bei den Eigentumsprogrammen und beim Mietwohnungsbau des zweiten Förderungsweges, wo die staatliche Förderung geringer ist, aus. Hinzu kommt die anhaltend hohe Preissteigerung im Wohnungsbau (+ 7 vH). Im Bundesgebiet war der Preisanstieg mit 4,6 vH wesentlich geringer.

In den kommenden Monaten dürfte zwar die Nachfrage im Wohnungsbau — vor allem wegen der inzwischen erfolgten spürbaren Zinssenkung — weiter zunehmen und damit auch im Hochbau zu einer deutlichen Verbesserung der Auftragslage führen. Dieses zusätzliche Nachfragevolumen wird aber nur zu einem geringen Teil noch in diesem Jahr produktionswirksam werden. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Leistung des gesamten Baugewerbes etwa das Volumen von 1981 erreichen. Die Zahl der Beschäftigten wird dabei um 2 vH niedriger sein als im Vorjahr.

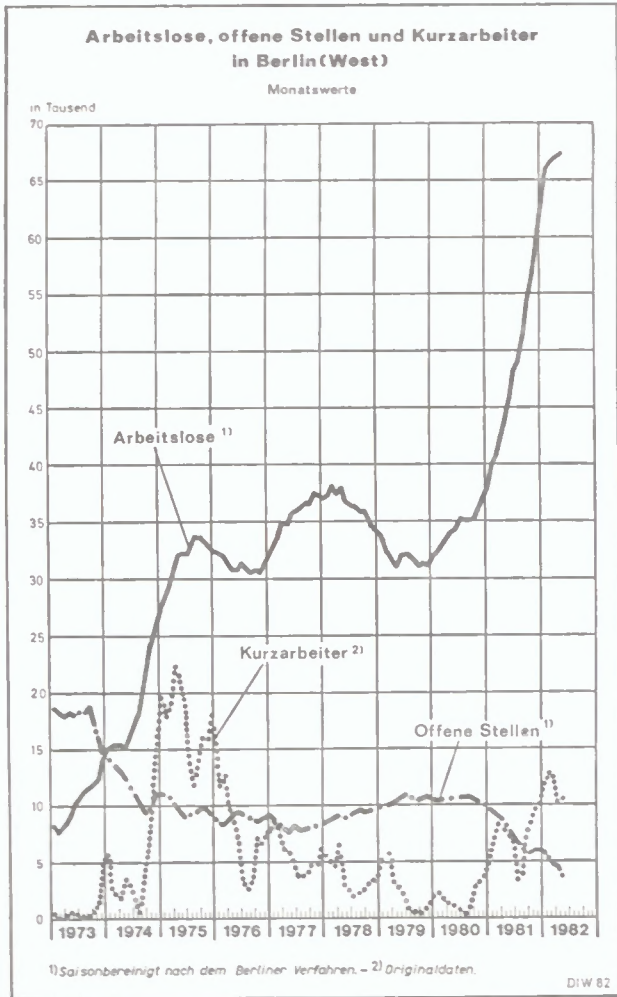
Situation auf dem Arbeitsmarkt weiter verschlechtert

Ende Mai waren 66 000 Personen als arbeitslos gemeldet, gut die Hälfte mehr als zum gleichen

Zeitraum des Vorjahres. Die Zahl der offenen Stellen hat sich innerhalb Jahresfrist auf 4 100 halbiert. Besonders stark zugenommen hat die ohnehin schon überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit von Ausländern — um 64 vH auf 13 500 — und von Jugendlichen — um 57 vH auf 4 400 Personen¹⁾. Dabei ist die Gruppe mit den größten Arbeitsmarktproblemen, ausländische Jugendliche, in beiden Kategorien enthalten; sie dürfte derzeit etwa 1 500 Personen umfassen.

Mit einer Arbeitslosenquote von 8,1 vH lag Berlin im Mai deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 6,9 vH. Die seit 1977 zu beobachtende Diskrepanz ist nur zu einem geringen Teil auf den höheren Ausländeranteil in der Stadt zurückzuführen, denn auch bei den deutschen Erwerbspersonen ist die Arbeitslosenquote mit 7,4 vH in Berlin wesentlich höher als in der Bundesrepublik insgesamt (6,5 vH). Auch die vergleichsweise ungünstige Beschäftigungsentwicklung in der Stadt gab nicht den Ausschlag. Schon vor 1977 hat sich die Beschäftigung hier ungünstiger entwickelt als im Bundesgebiet. In dieser Zeit hat aber das Erwerbspersonenpotential der Stadt aufgrund der starken Überalterung der Bevölkerung

¹⁾ Bei Jugendlichen ist der Vorjahresvergleich der Arbeitslosenzahlen dadurch gestört, daß infolge der Änderung des Bundeskindergeldgesetzes ab 1. Mai 1982 viele Jugendliche („Kindergeldarbeitslose“) auf eine Arbeitslosmeldung verzichten. Grundsätzlich bleibt anzumerken, daß bei der Jugendarbeitslosigkeit die Dunkelziffer sehr hoch ist.



Jahr für Jahr beträchtlich — um bis zu 20 000 Personen — abgenommen. Zudem hat sich der vorher hohe negative Wanderungssaldo von Erwerbspersonen in den Jahren 1977 und 1978 stark vermindert, von 1979 an sind sogar mehr Erwerbspersonen zu- als abgewandert.

Im weiteren Jahresverlauf wird die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt weiter zunehmen, wenn auch nicht mehr so stark wie im Vorjahr. Im Durchschnitt des Jahres 1982 dürfte sie bei rund 70 000

liegen. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 9 vH.

Fazit

Die am Jahresbeginn abgegebene Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 1982² ist aufgrund der jetzt bekannten Daten leicht zu modifizieren:

Die Zahl der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe dürfte im Jahresdurchschnitt um 5 vH auf 168 000 zurückgehen. Vor allem die bis zuletzt rückläufige Produktion in der Elektroindustrie — dort ist allein ein Drittel aller Industriebeschäftigten Berlins tätig — wird zu einem stärkeren Personalabbau führen, als zunächst prognostiziert worden war. Die Produktion des verarbeitenden Gewerbes insgesamt dürfte wegen der kräftigen Expansion im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe trotzdem etwas zunehmen.

Auch die Entwicklung im Baugewerbe muß aus heutiger Sicht ungünstiger beurteilt werden als zum Jahresbeginn — nicht zuletzt deshalb, weil sich die Nachfrage im Wohnungsbau noch zögernder belebt als seinerzeit vom DIW erwartet. Gleichwohl ist die sehr zurückhaltende Einstellungstätigkeit der Unternehmen mit Nachfragemangel allein nicht zu erklären. Hervorzuheben ist, daß unter den arbeitslosen Bauarbeitern auch eine große Zahl von Fachkräften ist. Ein Beschäftigtenstand wie im Vorjahresdurchschnitt ist unter diesen Umständen 1982 nicht zu erreichen; die Produktion wird in diesem Jahr kaum höher sein als 1981.

Für das Sozialprodukt der Stadt ist für 1982 weiter mit einem realen Zuwachs von 0,5 vH zu rechnen. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte sich um etwas mehr als 1,5 vH auf durchschnittlich 815 000 vermindern. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird mit einer Arbeitslosenzahl von 70 000 noch ungünstiger sein als ursprünglich geschätzt.

² Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung in Berlin (West) 1982. Bearb.: Abteilung Berlin. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 8/1982.

Die Investitionstätigkeit des verarbeitenden Gewerbes in Berlin (West) 1980 und 1981 sowie die Pläne 1982

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat – wie alljährlich – im Auftrag des Senators für Wirtschaft und Verkehr eine Befragung über die Investitionstätigkeit im verarbeitenden Gewerbe Berlins durchgeführt. Zweck der Erhebung ist es, die wirtschaftspolitischen Instanzen und die Unternehmer frühzeitig über die realisierten und geplanten Investitionen sowie über die zugrunde liegenden Investitionsmotive zu informieren.

Im Jahre 1981 betrugen die Investitionen des verarbeitenden Gewerbes in Berlin 1,8 Mrd. DM und lagen damit nominal um 9 vH über dem Niveau des Vorjahres. Für das Jahr 1982 ist den mitgeteilten Plänen vom Frühjahr zufolge mit einer Einschränkung der Investitionsausgaben um 13 vH zu rechnen. In einer telefonischen Nacherhebung um die Monatswende Mai/Juni wurden die Unternehmen um Auskunft darüber gebeten, inwieweit die übermittelten Investitionspläne aufgrund der im Rahmen des Beschäftigungsprogramms beschlossenen Investitionszulage revidiert werden – mit dem Ergebnis, daß für das Jahr 1982 nur in Ausnahmefällen Reaktionen zu erwarten sind. Bei den Investitionsmotiven rangiert die Ersatzbeschaffung nach wie vor an erster Stelle.

Erhebungskonzept

Das Institut wendet sich an alle Betriebe in Berlin (West), die im Rahmen der monatlichen Berichterstattung des verarbeitenden Gewerbes dem Statistischen Landesamt melden, also an die Betriebe von Industrie und Handwerk mit 20 oder mehr Beschäftigten. Erfragt werden die Investitionen in Berlin (West). Investitionen Berliner Unternehmen in Westdeutschland oder im Ausland bleiben unberücksichtigt, dagegen sind Investitionen westdeutscher oder ausländischer Firmen in Berlin in der

Rechnung enthalten. Abweichend vom Konzept des Statistischen Landesamtes werden – um die Investitionen periodengerecht vollständig zu erfassen – in die Erhebung auch solche Betriebe einbezogen, die in Berlin bereits investieren, aber noch nicht produzieren.

Der Schwerpunkt der Befragung liegt in den Monaten März und April. Verfügen die Unternehmen zu dieser Zeit noch nicht über endgültige Jahresabschlüsse, was vor allem bei kleineren und mittleren Betrieben häufig der Fall ist, so werden Schätzwerte erbeten.

Zeitlich ist die Befragung mit der Haupterhebung des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, abgestimmt. Im Gesamtergebnis für die Bundesrepublik Deutschland sind die vom DIW erhobenen Daten enthalten.

Beteiligung

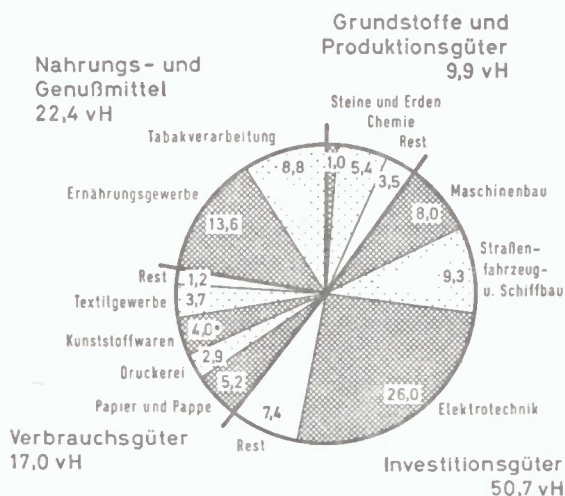
An der Befragung haben sich in diesem Jahr 1 112 Betriebe mit 173 486 Beschäftigten beteiligt. Gemessen an der Zahl der Beschäftigten betrug die Repräsentation wiederum 99 vH. Betriebe mit über 500 Beschäftigten haben ohne Ausnahme an der Erhebung teilgenommen. In der Klasse der Betriebe mit 200 bis 499 Beschäftigten betrug die Repräsentation, bei zwei fehlenden Betrieben, 98 vH. Selbst in der Klasse mit bis zu 49 Beschäftigten erreichte der Beteiligungsgrad noch 95 vH.

1980: Starke Expansion bestätigt

Für 1980 hat die Nacherhebung Investitionsausgaben von 1 663 Mill. DM ergeben. Die Korrektur der vor Jahresfrist veröffentlichten vorläufigen Daten ist

Zweigstruktur der Investitionen des verarbeitenden Gewerbes in Berlin (West)

Durchschnitt der Jahre 1980 bis 1982 in vH



DIW 82

Beteiligung an der Befragung 1982 nach Größenklassen¹⁾
in vH

Betriebe mit ... Beschäftigten	Verarbeitendes Gewerbe				
	ins- gesamt	Grundst. u. Prod.- güter	Invest.- güter	Verbr.- güter	Nahr.-u. Genußm.-
20 bis 49 ²⁾	95	99	90	100	97
50 bis 99	96	94	94	100	97
100 bis 199	99	100	97	100	100
200 bis 499	98	100	98	100	96
500 bis 999	100	100	100	100	100
1000 oder mehr	100	100	100	100	100
insgesamt	99	99	98	100	98

1) Repräsentation, gemessen an der Zahl der Beschäftigten Ende September 1981.-
2) Die befragten Kleinbetriebe, die nicht zum monatlichen Berichtskreis des statistischen Landesamtes Berlin gehören, sind hier nicht berücksichtigt.

mit + 51 Mill. DM bzw. + 3,2 vH¹ gering. Nach der Revision liegt der gesamte Investitionsaufwand 1980 um 29 vH über dem Vorjahr: um 42 vH bei den Bauten und um 26 vH bei den Ausrüstungen.

1981: Nochmalige Zunahme

Als das DIW die Unternehmen im Frühjahr 1981 nach ihren Investitionsabsichten gefragt hatte, wurde die konjunkturelle Lage allgemein skeptisch beurteilt. Diese Haltung kam auch in den Planansätzen zum Ausdruck. Die für 1981 vorgesehenen Investitionsausgaben lagen um 3 vH unter dem Niveau des Jahres zuvor. Nach den jetzt erhobenen vorläufigen Ist-Daten hat das verarbeitende Gewerbe 1981 in Berlin 1 808 Mill. DM investiert, 8,7 vH mehr als 1980. 415 Mill. DM entfielen auf Bauten (+ 7,8 vH), 1 393 Mill. DM auf Ausrüstungen (+ 9,0 vH).

Obwohl sich die konjunkturelle Szene nicht gewandelt hat, 1981 vielmehr ein Jahr wirtschaftlicher Stagnation war, lagen die Investitionsausgaben deutlich über den Planansätzen, ja sogar über dem Investitionsaufwand des Jahres zuvor. Bei einer Interpretation dieser Diskrepanz ist grundsätzlich zu bedenken, daß aufgrund der spezifischen Betriebsgrößenstruktur in Berlin mit dem Vorherrschen von Klein- und Mittelbetrieben Planwerte immer — und zwar in allen Konjunkturphasen — die Untergrenze

des zu erwartenden Ist darstellen. Diese Betriebe disponieren in der Regel kurzfristig; der Anteil der Unternehmen mit längerfristiger Investitionsplanung ist in Berlin weitaus geringer als in Westdeutschland, wie sich bei der Umfrage ergeben hat. Davon einmal abgesehen, nutzten viele Unternehmen die Gelegenheit schwacher Baukonjunktur mit weitgehend unterausgelasteten Kapazitäten zu Bauinvestitionen, die erst für spätere Perioden vorgesehen waren; die rasche Fertigstellung der ohnehin geplanten Bauten ermöglichte darüber hinaus umfangreiche Ausrüstungsinvestitionen, die für diese Periode noch nicht geplant waren. Dieser Effekt zeigt sich in sehr vielen Branchen, jedoch in außergewöhnlich starkem Maße im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, wo zum Teil drastische Planrevisionen vorgenommen worden sind.

Das Investitionsgütergewerbe ist der einzige Bereich, der 1981 insgesamt weniger investiert hat als im Vorjahr (– 3,2 vH). Diese Entwicklung ist geprägt durch das Ergebnis der Elektrotechnik — des bedeu-

¹ Zuwachsraten werden in diesem Aufsatz — da die Investitionen in vollen Millionen DM ausgewiesen sind und somit vor allem in kleineren Bereichen eine gewisse Unschärfe haben — nur dann, wenn sie im Bereich von + 10 vH bis – 10 vH liegen, mit einer Stelle nach dem Komma veröffentlicht. Zuwachsraten, die sich auf Plan-daten beziehen, werden generell ohne Kommastelle ausgewiesen.

Die Investitionen des verarbeitenden Gewerbes in Berlin (West) 1980 bis 1982
Hochrechnungen der Befragungsergebnisse

SYPRO Nr.	Wirtschaftshauptgruppe bzw. Wirtschaftsgruppe/-zweige	Re- prä- sen- ta- tion in vH ¹⁾	Investitionen in Mill. DM								
			1980			1981 ²⁾			Planung 1982		
			gesamt	Bauten	Ausrü- stungen	gesamt	Bauten	Ausrü- stungen	gesamt	Bauten	Ausrü- stungen
	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	99	180	40	140	187	48	139	134	28	106
25	Gew. u. Verarb. v. Steinen u. Erd.	99	23	3	20	16	2	14	11	2	9
27	Eisenschaffende Industrie 3)	100	.	.	.	.	.	.	.	.	.
28	NE-Metallerzeug., -halbzeugw.	100	19	2	17	32	12	20	19	3	16
29	Gießereien	100	11	0	11	10	1	9	5	0	5
3011/15	Stabzieh., Kaltwalzw. usw.	100	1	0	1	1	0	1	2	0	2
3030											
40	Chemische Industrie	99	90	29	61	99	32	67	83	23	60
53	Holzbearbeitung	100	25	5	20	13	1	12	4	0	4
55	Zellst., holzschl., Papier- u. Papierherzeugung 3)	100	.	.	.	.	.	.	.	.	.
59	Gummiverarbeitung 3)	100	.	.	.	.	.	.	.	.	.
	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	98	842	181	661	815	172	643	901	188	713
3021/25	Herst. v. Gesenk- u. l.Freiform- schmiedestücken usw.	98	10	1	9	23	4	19	15	2	13
31	Stahl- u. Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	98	21	9	12	21	9	12	12	4	8
32	Maschinenbau	99	147	51	96	135	30	105	122	24	98
33/34	Straßenfahrzeug- u. Schiffbau, Rep. v. Kraftfahrzeugen	98	112	30	82	145	67	78	212	75	137
36	Elektrotechnik	99	476	75	401	406	50	356	430	52	378
37	Feinmechanik, Optik, Herst. von Uhren	92	20	3	17	16	3	13	16	2	14
38	Herst. von Eisen-, Blech- und Metallwaren	99	37	4	33	35	3	32	25	1	24
50	Herst. von Büromaschinen, Datenver- arbeitungsgeräten und -einrichtungen	100	19	8	11	34	6	28	69	28	41
	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	100	241	73	168	363	86	277	252	37	215
39	Herst. von Musikinstr., Spielwaren usw.	100	2	0	2	1	0	1	3	0	3
51/52	Feinkeramik, Herst. und Verarb. von Glas	100	7	0	7	7	1	6	8	3	5
54	Holzverarbeitung	100	6	3	3	4	1	3	3	1	2
56	Papier- und Pappeverarbeitung	100	71	44	27	138	57	81	51	7	44
57	Druckerei, Vervielfältigung	100	49	3	46	56	2	54	39	1	38
58	Herst. von Kunststoffwaren	100	42	12	30	76	11	65	82	5	77
62	Lederverarbeitung	100	0	0	0	0	0	0	0	0	0
63	Textilgewerbe	100	56	11	45	74	13	61	60	19	41
64	Bekleidungs-gewerbe	100	8	0	8	7	1	6	6	1	5
	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	98	400	91	309	443	109	334	290	41	249
68	Ernährungsgewerbe	98	231	53	178	281	62	219	177	19	158
davon:											
6818	Herst. von Backwaren (o.Dauerbackwaren)	100	20	5	15	14	2	12	9	0	9
6828	Herst. von Süßwaren (o.Dauerbackwaren)	99	76	16	60	66	6	60	47	1	46
6844	Herst. von Margarine u.Nahrungsfetten	100	3	0	3	3	0	3	1	0	1
6853	Fleischwarenindustrie	86	12	6	6	6	0	6	8	4	4
6871/72	Brauereien, Mälzereien	100	30	6	24	31	7	24	27	5	22
6875	Herst. von Spirituosen	98	12	3	9	10	1	9	5	1	4
6879	Mineralbrunnen, Limonaden	100	12	1	11	11	1	10	8	0	8
Rest 68	Übriges Ernährungsgewerbe	97	66	16	50	140	45	95	72	8	64
69	Tabakverarbeitung	100	169	38	131	162	47	115	113	22	91
	Verarbeitendes Gewerbe, insgesamt	99	1 663	385	1 278	1 808	415	1 393	1 577	294	1 283
	Anteil des verarbeitenden Gewerbes an den Investitionen der gesamten Wirtschaft in vH	.	19,4	8,2	33,2	20,1	8,2	35,5	17 ⁴⁾	6 ⁴⁾	32 ⁴⁾

1) Beteiligung an der Befragung 1982, gemessen an der Zahl der Beschäftigten. - 2) Vorläufig. - 3) Aus Geheimhaltungsgründen werden die Angaben nicht veröffentlicht; die Angaben sind aber in den Beträgen der Hauptgruppen enthalten. - 4) Schätzung des DIW. -

Quelle: Erhebung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

tendsten Investors der Stadt — mit — 15 vH; aber auch der Maschinenbau hat seine Vorjahresausgaben mit — 8,2 vH deutlich unterschritten. Bei Feinmechanik und Optik war die Kürzung um 20 vH weitgehend statistischer Reflex der Verlagerung des Produktionsschwerpunktes eines Unternehmens zu den

Büromaschinenherstellern, wo ein Zuwachs von 79 vH zu verzeichnen war. Auch der Fahrzeugbau — inzwischen eine gewichtige Branche in Berlin — konnte mit einer Steigerung um 30 vH die Verringerung der Investitionsausgaben bei Elektroindustrie und Maschinenbau nicht ausgleichen.

Positiv, wenngleich unterdurchschnittlich, entwickelten sich die Investitionen im Grundstoffe- und Produktionsgüter produzierenden Gewerbe (+ 3,9 vH). Steigerungen bei Chemie (+ 10 vH) und NE-Metallen (+ 68 vH) stehen Kürzungen bei Steinen und Erden (- 30 vH) und bei der Holzbearbeitung (- 48 vH) gegenüber; in diesen beiden Branchen waren die Investitionsausgaben 1980 sehr hoch gewesen. Hier zeigt sich — wie stets bei einer solchen Detailbetrachtung in Berlin —, daß aufgrund der oft sehr geringen Grundgesamtheit einzelner Branchen die Investitionsausgaben von Jahr zu Jahr und unabhängig von der konjunkturellen Entwicklung stark schwanken können.

Eine beträchtliche Investitionszunahme weist das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe aus (+ 51 vH). Neuansiedlungen schlugen sich nieder in den extremen Investitionserhöhungen des Papier- und Pappe verarbeitenden Gewerbes (+ 94 vH) und der Hersteller von Kunststoffwaren (+ 81 vH), aber auch im Textilgewerbe (+ 32 vH). Ein weiterer wichtiger Investor dieser Gruppe — das Druckereigewerbe — hat ebenfalls eine beträchtliche Investitionszunahme aufzuweisen (+ 14 vH).

Das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe hatte im vergangenen Jahr ebenfalls eine überdurchschnittliche Investitionssteigerung zu verzeichnen (+ 11 vH). Getragen wurde diese Entwicklung allein vom Ernährungsgewerbe (+ 22 vH) und dort wiederum — aufgrund von Sonderbewegungen — von den als „Übriges Ernährungsgewerbe“ zusammengefaßten Branchen, die aus Geheimhaltungsgründen nicht aufgeschlüsselt sind: Dieser Restbereich hat seine Investitionsausgaben 1981 gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt (+ 112 vH). Die Tabakverarbeitung, die andere große Gruppe der Nahrungs- und Genußmittel, hat dagegen — allerdings auf hohem Niveau — ihre Investitionen (- 4,1 vH) leicht gekürzt.

1982: Investitionsplanung unter Vorjahr

Nach den teilweise beträchtlichen Investitionssteigerungen in den Vorjahren haben die Unternehmen für 1982 eine Einschränkung ihrer investiven Ausgaben vorgesehen. Die Pläne für das laufende Jahr liegen mit insgesamt 1 577 Mill. DM um 13 vH unter den Ausgaben des Jahres 1981. Kürzungen sind vor allem bei den Bauten (- 29 vH), aber auch bei den Ausrüstungen (- 8 vH) beabsichtigt.

Von den 28 befragten Branchen wollen nur 7, die 1981 37 vH des Investitionsvolumens auf sich vereinigten, ihre Ausgaben erhöhen, und zwar um insgesamt ein Fünftel. Dies reicht jedoch nicht aus, um die Kürzungen bei 18 Branchen auszugleichen, die ihre Investitionsausgaben insgesamt um fast ein

Drittel einschränken wollen. Zu den Zweigen, die ihre Investitionsausgaben im laufenden Jahr gegenüber 1981 erhöhen wollen, zählen insbesondere die Elektrotechnik (+ 6 vH), der Fahrzeugbau (+ 46 vH), die Kunststoffwarenhersteller (+ 8 vH) und die Hersteller von Büromaschinen und ADV-Geräten (+ 103 vH).

Die wichtigsten Branchen, die 1982 ihre Investitionen einschränken wollen, sind das Ernährungsgewerbe (- 37 vH), die Tabakverarbeitung (- 30 vH), der Maschinenbau (- 10 vH), die Chemie (- 16 vH), das Textilgewerbe (- 19 vH), die Papierverarbeitung (- 63 vH) und die Druckereien (- 30 vH). Diese Kürzungen sind in den meisten Fällen nicht durch die allgemeine Konjunkturlage bestimmt, sondern Reflex besonders hoher Investitionen in den vergangenen Jahren.

Zulage fast ohne Einfluß auf Investitionsentscheidungen für 1982

Die Investitionspläne für das Jahr 1982 sind erhoben worden in einer Periode diffuser Diskussionen über das Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung. Der Abschluß dieser Erhebung fiel zusammen mit der Einigung im Vermittlungsausschuß zwischen Bundestag und Bundesrat über das „Gesetz über steuerliche und sonstige Maßnahmen für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität“, in dem eine befristete Zulage in Höhe von 10 vH auf Investitionen verankert ist, deren Volumen den Durchschnitt der drei dem Begünstigungszeitraum vorangegangenen Jahre übersteigt².

In dieser Konstellation hat sich das DIW zu einer telefonischen Nacherhebung bei den Unternehmen entschlossen, um herauszufiltern, inwieweit die Diskussion um die Investitionszulage bereits das Unternehmensverhalten beeinflusst hat und inwieweit das beschlossene und verkündete Gesetz zu einer Aufstockung der Investitionspläne für das Jahr 1982 führen wird.

Voraussetzung für diese Befragung war eine Analyse der Unternehmensdatei des DIW im Hinblick

² Begünstigt werden bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die der Steuerpflichtige in der Zeit vom 1. Januar 1982 bis 31. Dezember 1982 bestellt bzw. deren Herstellung in diesem Zeitraum beginnt. Voraussetzung ist, daß diese Wirtschaftsgüter bis zum 31. Dezember 1983 geliefert bzw. vom Steuerpflichtigen fertiggestellt werden. Unbewegliche Wirtschaftsgüter, also Gebäude, sind begünstigt, wenn mit ihrer Herstellung in der Zeit vom 1. Januar 1982 bis zum 31. Dezember 1982 begonnen wird und diese Wirtschaftsgüter bis zum 31. Dezember 1984 fertiggestellt werden. Als Beginn der Herstellung gilt bei Baumaßnahmen, zu deren Durchführung eine Baugenehmigung erforderlich ist, der Zeitpunkt, in dem der Antrag auf Genehmigung gestellt wird.

Investitionsmotive im verarbeitenden Gewerbe

Bereich	Als Hauptziel ihrer Investitionen nannten ... vH der Betriebe ¹⁾					
	Kapazitätserweiterung		Rationalisierung		Ersatzbeschaffung	
	1981	1982 geplant	1981	1982 geplant	1981	1982 geplant
Grundstoffe und Produktionsgüter	34	16	11	54	55	30
Investitionsgüter	29	12	25	40	46	48
Verbrauchsgüter	29	22	27	17	44	61
Nahrungs- und Genußmittel	29	28	22	28	49	44
insgesamt	30	15	23	37	47	48
1) Gewichtet mit dem Umsatz.						

darauf, ob und inwieweit die von den einzelnen Unternehmen für 1982 geplanten Investitionen den Durchschnitt der Jahre 1979 bis 1981 überschritten.

Dabei ergab sich folgendes Bild:

Gemessen an der Zahl der Beschäftigten wollen 36 vH der Betriebe 1982 mehr investieren als im Referenzzeitraum, und zwar sogar um insgesamt über 100 vH. Demgegenüber beabsichtigen 64 vH der Betriebe weniger zu investieren als in der Referenzperiode, und zwar um insgesamt 43 vH.

Am größten ist der Anteil der Betriebe, die 1982 mehr investieren wollen als im Durchschnitt der Jahre von 1979 bis 1981, im Investitionsgüterbereich; er beläuft sich dort auf 42 vH bei insgesamt verdoppeltem Investitionsvolumen. Es folgt mit einem Anteil von 34 vH das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit einem durchschnittlichen Plus von 68 vH gegenüber der Referenzzeit. Mit jeweils gut 20 vH am geringsten ist die Quote der 1982 stärker investierenden Unternehmen im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe sowie im Verbrauchsgüterbereich; dabei sind jedoch die geplanten „Mehr“-Investitionen bei den Verbrauchsgütern mit 240 vH weit größer als bei den Produktionsgütern (+ 80 vH).

Bei einer Betrachtung nach Betriebsgrößenklassen zeigt sich, daß der Anteil der Unternehmen, deren Investitionspläne über dem Durchschnitt der Referenzperiode liegen, mit der Betriebsgröße zunimmt — auch dies Reflex des eher abwartenden Investitionsverhaltens kleiner Unternehmen.

Die Betriebe, deren mitgeteilte Pläne über dem Niveau der Jahre 1979 bis 1981 lagen, antworteten auf die Frage, ob diese Steigerung durch die in

der Diskussion befindliche Investitionszulage stimuliert wurde, mit nur wenigen Ausnahmen mit „nein“. Die weiterführende Frage, ob die schließlich beschlossene Investitionszulage die Unternehmen zu einer weiteren Erhöhung ihrer Investitionen veranlassen wird, wurde nur von 6 vH der angesprochenen Unternehmen mit „ja“ beantwortet. Von diesen wiederum hatten nur sehr wenige konkrete Vorstellungen und konnten detaillierte Angaben über die geplanten Investitionen machen.

Darüber hinaus wurden vom Institut auch jene Betriebe, deren Plandaten für 1982 unter dem Durchschnitt der Jahre 1979 bis 1981 lagen, gefragt, ob sie ihre Investitionen in Anbetracht der beschlossenen Zulage erhöhen werden. Auch hier antwortete der weit überwiegende Teil der Unternehmer mit „nein“.

Fazit: Die Unternehmen, die auch ohne Zulage ihre Investitionen erhöhen wollten, profitieren von einem Mitnahmeeffekt, der auf 42 Mill. DM (10 vH von 420 Mill. DM „Mehr“-Investitionen gegenüber der Referenzperiode) zu veranschlagen ist. Zusätzliche Investitionen in nennenswertem Maße wird die Zulage nach dem Urteil der Unternehmer nicht bewirken; die bislang insgesamt genannten knapp 30 Mill. DM sind noch nicht einmal 2 vH des geplanten Investitionsvolumens³.

³ Vgl. Stellungnahme des DIW zur Investitionszulage: Staatliche Investitionsförderung und private Investitionen. Bearb.: Dietmar Edler. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 6/1982, S. 90 f.; und Bundesrepublik Deutschland: Gemeinschaftsinitiative ohne mittelfristige Perspektive. Bearb.: Horst Seidler. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 11/1982, S. 163 f.

Primäres Investitionsmotiv weiterhin Ersatzbeschaffung

Als Hauptziel ihrer Investitionstätigkeit im Jahre 1981 nannte fast die Hälfte der Unternehmen des gesamten verarbeitenden Gewerbes Ersatzbeschaffung. Auch bei den Plänen für das Jahr 1982 rangiert dieses Ziel fast durchweg an erster Stelle. Nur das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe nennt die Rationalisierung, die sonst an zweiter Stelle liegt, als primäres Investitionsmotiv.

Bei der Bewertung solcher Aussagen ist jedoch zu bedenken, daß eine eindeutige Zuordnung von Investitionen und Motiven kaum möglich ist, da Ersatzinvestitionen stets auch Rationalisierungs- und/oder sogar Erweiterungseffekte haben. Die Antworten der Unternehmer sind also nur als Tendenzaussagen zu bewerten. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß in dieser Motivauswertung die Daten der Betriebe, die bereits investieren, aber noch nicht produzieren, aus methodischen Gründen nicht enthalten sind.

Investitionstätigkeit von Berlin und Westdeutschland mittelfristig im Einklang

Nach den soeben veröffentlichten Erhebungsergebnissen des Ifo-Instituts, München⁴, haben die Investitionen im verarbeitenden Gewerbe der Bundesrepublik im Jahre 1980 um 16 vH zugenommen, 1981 um 3 vH abgenommen; auch für 1982 ist eine Kürzung der Investitionsausgaben vorgesehen, die allerdings mit 1 vH sehr gering ist. Damit haben sich die Investitionsausgaben im Bundesgebiet 1980 und 1981 deutlich schwächer entwickelt als in Berlin (+ 29 vH bzw. + 9 vH); die für 1982 geplante Verminderung der Investitionsausgaben ist hingegen im Bundesgebiet weitaus geringer als in Berlin.

Wie eine längerfristige Betrachtung zeigt, vollzieht sich die Entwicklung der industriellen Investitionen in Berlin unter weit größeren Schwankungen als im

Bundesgebiet. Die in der Stadt stärkeren Amplituden erklären sich im wesentlichen daraus, daß größere Investitionsprojekte, vor allem im Rahmen der Neuansiedlung, oft nicht nur das Ergebnis einer Branche — und zwar auch gegen den konjunkturellen Trend — prägen, sondern darüber hinaus auch das Gesamtergebnis für das verarbeitende Gewerbe stark beeinflussen. So ist die spektakuläre Steigerung der investiven Ausgaben im Jahre 1980 in Berlin vor allem bestimmt durch Investitionsanstöße in den Bereichen Elektrotechnik, Maschinenbau, Papierverarbeitung, Kunststoffverarbeitung, Ernährung und Tabak. Die sich daran anschließende starke Zunahme der Ausgaben im Jahre 1981 ist vornehmlich Investitionsschüben im Fahrzeugbau und abermals in den Bereichen Papierverarbeitung, Kunststoffverarbeitung und Ernährung zuzuschreiben. Die für das Jahr 1982 geplanten Kürzungen sind zweifellos als Reflex dieser Sonderentwicklungen zu sehen; hinzu kommt, daß die Investitionspläne in Berlin — betriebsgrößenbedingt — traditionell vorsichtig angesetzt werden.

Da der Einkommenseffekt der Investitionen in einer relativ kleinen Region wie Berlin, mit ihrer intensiven Außenverflechtung von weit geringerer Bedeutung ist als der Kapazitätseffekt, können stärkere Schwankungen der Investitionstätigkeit für die Wirtschaftsentwicklung solange ohne nachteilige Folgen bleiben, wie der Ausbau der Sachkapazitäten mittelfristig nicht vernachlässigt wird. Ein Vergleich der Investitionsentwicklung von Berlin und Bundesgebiet seit 1975, dem Jahr des in beiden Gebieten absoluten Investitionstiefs, zeigt, daß die industriellen Investitionen in der Stadt — selbst unter der Annahme, daß 1982 nur die Planansätze realisiert werden — mit durchschnittlich 8 vH⁵ — etwas stärker zugenommen haben als in Westdeutschland mit 7 vH.

⁴ Vgl. F. Neumann: Investitionstätigkeit 1982 noch im Zeichen der Konjunkturlaute — die neuen Ergebnisse des Ifo-Investitionstests im verarbeitenden Gewerbe. In: Ifo-Schnelldienst 16/82, S. 3 ff.

⁵ Ermittelt aufgrund logarithmisch-linearer Regression.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl,
Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter, Hans-Joachim Ziesing (kommissarisch)

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.
Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Neuordnung der Berliner Absatzpräferenz: Zu einigen umstrittenen Punkten. Bearbeitet von Peter Ring. —

Berlin (West): Konjunkturaufschwung noch nicht in Sicht. Bearbeitet von Kurt Geppert. —

Die Investitionstätigkeit des verarbeitenden Gewerbes in Berlin (West) 1980 und 1981 sowie die Pläne 1982. Bearbeitet von Hans F. Titzmann.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.
Zuzüglich Versandkosten.